

EDITORIAL



❖ Wenn man in einen Computer zu viele Anforderungen gleichzeitig eingibt, ist das Ergebnis meist ein berüchtigtes Wort: Error. Einen Computer kann man sofort neu starten und klare Anforderungen eingeben. Für eine Bundestagswahl ist dieser Ausweg zumindest temporär verschlossen. Die Politik muss also mit uneindeutigen, ja widersprüchlichen Ergebnissen leben. Sie muss versuchen, das Beste aus einer „suboptimalen“ Lage zu machen.

Eindeutig am Wahlergebnis ist nur eines: Rot-Grün wurde abgewählt, seine Protagonisten ebenso. Ansonsten kennzeichnen tiefe Widersprüche den Ausgang der Wahl.

Die deutsche Gesellschaft ist bis ins Irrationale hinein gespalten. Reformen sollen sein, aber sie dürfen nichts an Besitzständen verändern. Jedem politischen Lager und jeder Partei wird in sich ausschließenden politischen Einzelpunkten Recht gegeben, und es ist aus der Sicht der Wähler nur billig, dass die Parteien eine Regierung der besten Programmpunkte und der Besten bilden sollen.

Aus solchen Konstellationen entsteht häufig eine unbefriedigende Modus-vivendi-Regierung. Der kleinste gemeinsame Nenner wird Basis für eine größt-wünschbare Reformagenda. Die Enttäuschung ist vorprogrammiert.

Wenn man zudem berücksichtigt, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik keine politisch tragfähige Mehrheit bei Wahlen zu Stande gekommen ist,

so weht über dem einstmals euphorischen Berlin ein Hauch von Weimar. Zumindest ist die Stabilität des parlamentarischen Systems mit handlungsfähigen Mehrheiten und klaren programmatischen Zielen nicht mehr gegeben. Genauso fatal könnte sich ein europäischer Immobilismus auswirken, der durch den politischen Ausfall der beiden europäischen Führungsmächte Frankreich und Deutschland nicht mehr ausgeschlossen werden kann.

Was wäre wünschenswert in dieser Lage? Verantwortung über jede Form von Machtrickserei zu stellen wäre wohl eine Voraussetzung für jede denkbare Koalition. Die geforderte Stabilität der Politik kann nur über begrenzte Ziele, die klar in einem Koalitionsvertrag für eine ganze Legislaturperiode niedergelegt sein müssen, erreicht werden. Schließlich muss die Politik sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen konzentrieren. Nur so können wirtschaftliche Produktivität und Effizienz staatlichen Handelns, etwa in der Bürokratie und im Föderalismus, ermöglicht werden.

Vielleicht können dann die Schatten und die dunklen Wolken am politischen Himmel sich schneller aufhellen, als es so kurz nach diesem Debakel des 18. September 2005 möglich erscheint. ❖

Heiko Gorno